

U-2945 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 21. Okt. 1969

No. 1418/1

A n f r a g e

der Abgeordneten **P e t e r , M e l t e r** und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unter-
nehmungen,
betreffend den geplanten Ausbau des Zivilflughafens Linz-Hörsching.

Am 27. September 1969 fand eine Protestkundgebung der
Paschinger Siedler statt, um den berechtigten Unwillen gegen die Art
und Weise des geplanten Ausbaues des Zivilflughafens Linz-Hörsching
öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Das Gutachten des Lärmschutzsachverständigen Professor
Bruckmaier besagt in diesem Zusammenhang, daß in den sogenannten
Lärmzonen I und II jegliche Siedlungstätigkeit untersagt werden soll,
wenn der geplante Ausbau nicht mehr zu verhindern ist. Innerhalb der
Lärmzonen I und II wohnen jetzt schon etwa 5.600 betroffene Personen,
die sich gesundheitlich und wirtschaftlich gefährdet fühlen. Aber auch die
Lärmzone III, in der 7.728 Gemeindebürger von Pasching und Traun
leben, braucht verstärkte Schalldichtung.

Das allgemeine Unbehagen wächst noch durch den Umstand,
daß die Flughafenbetriebsgesellschaft mbH. Linz bei der Errichtung des
Flugsicherungsturmes wahrscheinlich den Flugsicherungsbestimmungen
nicht voll entsprochen haben dürfte.

Im übrigen ist darauf zu verweisen, daß fortschrittliche
Länder in Ballungsräumen keine Flugplätze mehr bauen, wie die Flug-
plätze Schiphol in den Niederlanden, Arlanda in Schweden und die
Verlegung des Flughafens Kastrup in Dänemark eindrucksvoll beweisen.

Ferner sind die freihheitlichen Abgeordneten der Auffassung,
daß der gesamte Fragenkomplex "Flugplatzplanung" einer ehesten Rege-
lung zugeführt werden muß, damit Vorfälle wie die verfehlte Flugplatz-
planung Innsbruck-Kranobitten sich nicht wiederholen und darüber hinaus
der Bevölkerung Lärmexzesse erspart bleiben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den
Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen
die

-2-

A n f r a g e :

- 1) Werden Sie der Mindestforderung der Gemeinde Pasching entsprechen und veranlassen, daß die Landebahn um 800 Meter weiter nach Westen verschoben, die Westbahn abgesenkt und die Landebahn um 20 Grad nach Norden verschwenkt wird?
- 2) Wenn nein, welche sonstigen Maßnahmen werden ergriffen werden, um die betreffende Bevölkerung vor gesundheitlichem und wirtschaftlichem Schaden zu bewahren?
- 3) Werden Sie jedenfalls eine Trennung des zivilen vom militärischen Flugverkehr im Linzer Raum veranlassen?
- 4) Werden Sie den Flugsicherungsturm des Flugplatzes Linz-Hörsching auf die Flugsicherungsbestimmungen hin überprüfen lassen?
- 5) Sind Sie in der Lage mitzuteilen, welche österreichische Flugplatzplanungen derzeit vorliegen und bis wann diese verwirklicht werden sollen?
- 6) Welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen, um den Flugverkehr in Österreich einer auch für die Wohnbevölkerung Österreichs betrieblichen Regelung zuzuführen?

Wien, 21. Oktober 1969